

Einzelpreis 70 Heller.

Redaktion und Verwaltung: Prag II., ...

Sozialdemokrat

Zentralorgan der Deutschen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei in der tschechoslowakischen Republik.

Bezugsbedingungen:

Bei Zustellung ins Haus oder bei Bezug durch die Post

monatlich . . . Kč 18.— vierteljährlich . . . 48.— halbjährlich . . . 98.— ganzjährig . . . 192.—

Abbestellung von Abonnements erfolgt nur bei Einreichung der Retourmarken.

Erhalten mit Ausnahme des Sonntags täglich 1923.

3. Jahrgang.

Dienstag, 31. Juli 1923.

Nr. 176.

Der Banterott des Kabinetts Cuno.

Von Rud. Breitfeld.

Fast jeder Tag bringt jetzt Resolutionen sozialdemokratischer Verbände, die die Politik des Kabinetts Cuno in den schärfsten Wendungen kritisieren...

Aber es ist nicht die entschliche Teuerung allein, die die sozialdemokratischen Organisationen starke Worte gegen die gegenwärtige Regierung finden läßt.

Wie standen die Dinge? Wirth mußte zurücktreten, weil seine Erfüllungspolitik auf wachsenden Widerstand besonders bei der Großindustrie stieß...

Dann kam die Ruhrbesetzung, und wenn unsere Partei auch von der Einheitsfront und dem Burgfrieden nichts wissen wollte...

Zum Teil sind diese Hemmungen auch heute noch vorhanden, aber die Enttäuschungen, die die Regierung bereitet hat, sind zu groß...

Keine Kabinettskrise in Deutschland.

Wahrscheinlich nur Umgestaltung der Regierung.

Berlin, 30. Juli. Die „Vossische Zeitung“ bemerkt gegenüber den Nachrichten, die auch in der französischen und englischen Presse über die Kabinettskrise in Deutschland aufgetreten sind...

Kein Rücktritt Cunos.

Berlin, 30. Juli. (Eigenbericht.) Die von einem Teil der Presse veröffentlichten Mitteilungen über den als sicher bevorstehenden Rücktritt des Kabinetts Cuno eilen den Tatsachen voraus...

Ein Finanzprogramm der Sozialdemokraten.

Berlin, 30. Juli. (Eigenbericht.) Der Vorstand der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion und der Vorstand der sozialdemokratischen Partei haben sich heute mit der sehr ersten politischen

undeutlichen Unrissen in Aussicht gestellt. Herr Cuno, ihr Vertrauensmann besitzt weder die Kraft noch den Willen, sie zu den Leistungen heranzuziehen, die die Not des Staates erfordert.

Diese Tatsachen reden eine so laute Sprache, daß jetzt nicht nur die Arbeiterschaft, sondern auch die bürgerlichen Mittelparteien, die die ganze Zeit hindurch die besten und zuverlässigsten Stützen der Regierung waren, alarmiert werden.

und wirtschaftlichen Situation beschäftigt und beschloß, die Fraktion für Donnerstag mittags einzuberufen. Der Parteivorstand hält die finanziellen Vorschläge der Reichsregierung für nicht weitgehend genug...

Steuer- und Währungsmassnahmen geplant.

Berlin, 30. Juli. Das Reichskabinett beschäftigt sich heute vormittags mit den neuen Steuerprojekten. Das Kabinett einigte sich auf folgende Massnahmen: Die nach den bisherigen Bestimmungen am 15. November und am 15. Februar fälligen Vorauszahlungen auf die Einkommensteuer werden auf einen früheren Termin gelegt.

zum Ziel führen kann, und die Erkenntnis, daß die extremen Parteien, Nationalisten und Kommunisten, sich fortgesetzt verstärken, läßt das Bürgerturn Unruhen befürchten...

So verdichtet sich die Oppositionstimmung immer mehr, und man kann mit Spannung der Tagung des Reichstages entgegen sehen, der seine Sommerferien Mitte August unterbrechen wird.

heitskurs für Devisen aufgehoben und der freie Verkehr zugelassen werden. Nachdem die Reichsbank ihren Widerstand gegen die Goldmarkrechnung aufgehoben hat...

Reichstagszusammentritt am 8. August. Berlin, 30. Juli. (Voss.) Der Reichstag wird am 8. August zusammentreten.

Die Berliner Presse über Cuno.

Berlin, 29. Juli. Bei Erörterung der augenblicklichen innerpolitischen Schwierigkeiten erklärt die „Vossische Zeitung“, daß sich die Kritik an der Regierung Cuno keineswegs gegen den außenpolitischen Kurs richte...

In seinem Wochenartikel in der „Vossischen Zeitung“ nennt Chefredakteur Bernhard die in der Regierungserklärung genannte Ruhrprotektion eine neue Demagogie.

„Das deutsche Volk muß selbst Ordnung machen“.

London, 30. Juli. (A. R.) Die „Times“ besaßen sich mit den Angriffen der deutschen Presse und der Parteien gegen die Reichsregierung und sagen hierüber: „Vielleicht könnte eine Regierung, die einen festen Willen und einen festen Entschluß hätte, auch jetzt viel dazu beitragen, daß Unruhen verhindert werden...

Die Vertreter der gewerkschaftlichen Spitzenorganisationen beim Reichskanzler.

Berlin, 30. Juli. Heute vormittag traten im Reichstag die Vertreter sämtlicher Spitzenorganisationen der Gewerkschaften zusammen und einigten sich nach einer längeren Aussprache auf ein kurzes Programm, das sich mit der Steuerpolitik, der Währungspolitik und der allgemeinen Wirtschaftspolitik beschäftigt.

Der Faschismus auf der Suche nach einer breiteren Basis?

Rom, Ende Juli 1923.

Die faschistische Regierung hat ihre Wahlreform, von der der Ministerpräsident ausdrücklich erklärt hatte, daß sie Parteizwecken diene, durchgebracht. Nur, als es sich darum handelte, den Minimal-Prozentfuß der Stimmen festzusetzen, den die Mehrheit erzielen muß, um zwei Drittel aller Mandate davonzutragen, war die ministerielle Mehrheit etwas knapp, denn sie belief sich auf nur 20 Stimmen; die Sozialisten und Republikaner hatten gefordert, daß die Mehrheit mindestens 40 Prozent aller Stimmen haben müßte, die Merkmalen hatten sich mit 33 Prozent begnügt, aber die Regierung wollte von mehr als 25 Prozent nichts wissen, und so gestand ihr die Kammer zu, daß 25 Prozent aller Stimmen genügen sollten, 66 Prozent aller Mandate zu erhalten.

Es verlohnt sich kaum, die Einzelheiten der Wahlreform heute schon zu betrachten; das Gesetz kommt erst im Herbst vor den Senat, wo es Umgestaltungen erfahren könnte, die es noch einmal an die Kammer zurückverweisen würden. Bei der Annahme des Gesetzes in erster Lesung hatte Mussolini technische Zugeständnisse in bezug auf Einzelheiten in Aussicht gestellt; trotzdem sind aber keine Veränderungen von Belang erzielt worden. An Stelle des bisher in Italien geltenden Proporz tritt das Prinzip der Majoritätsvertretung. Die Partei, die die absolut größte Stimmenzahl erzielt, nicht weniger als 25 Prozent aller abgegebenen Stimmen, erhält zwei Drittel aller Sitze, das übrige Drittel wird zwischen den Parteien der Minorität nach dem Prinzip des Proporz verteilt. Jede Partei wählt ein Wahlabschreiben, das ihre Listen im ganzen Lande tragen. Die Listen umfassen aber immer nur die Mandate eines Wahlkreises; es bleiben die Abgeordneten Vertreter ihrer Region, da auf jede Region eine gegebene Zahl von Mandaten fallen. Sollte aber das antifaschistische Stützsystem z. B. eine Stimmenmehrheit für die liberale Opposition aufweisen, so ändert das sein Schicksal nicht; da die Faschisten als Mehrheitspartei Recht auf 356 Mandate haben, da ferner überall ein Drittel der Minderheit vorbehalten bleibt, so müssen die antifaschistischen Regionen die überschüssigen faschistischen Kandidaten der faschistischen übernehmen, bis für jeden Wahlquotient der sitzenden Partei (Gesamtzahl der Stimmen ihrer Liste dividiert durch die Zahl der ihnen zufallenden Mandate, nämlich durch 356) ein Mandat erobert ist. Die Minderheit, die insgesamt die große Mehrheit aller Stimmen auf ihre verschiedene Parteien vertretenden Listen vereinen konnte, erhält ihre Mandate zu weit höherem Preise, da auf alle Minoritätsparteien zusammen, auch wenn sie zusammen 40 oder 45 Prozent der abgegebenen Stimmen erzielten, nur ein Drittel aller Mandate fällt. Gewählt wird mit einem vom Staate gelieferten Stimmzettel, der die symbolischen Abzeichen aller an dem Wahlkampf beteiligten Parteien trägt; auf diesem Stimmzettel bezeichnet der Wähler durch einen Strich die von ihm gewählte Partei, deren regionale Liste er somit wählt. Außerdem hat er das Recht, auf dem Zettel zwei oder drei (je nach der Zahl der Namen, die die Liste trägt) Vorzugsstimmen einzutragen, welche Stimmen den Ausschlag geben für die Reihenfolge der Kandidaten innerhalb ihrer Parteiliste. Diese Bestimmung schließt die Gefahr ein, daß die Faschisten, die ohnehin all ihre Kandidaten durchbringen, auf die Wahl der Gegner Einfluß gewinnen, indem sie Vorzugsstimmen für gegnerische Listen abgeben.

Um dieses Gesetz, das sich an keines der Wahlgesetze der anderen Länder anlehnt, durchzubringen, hat man alle Formen der Einschüchterung versucht; man hat einen zweiten Marsch auf Rom in Aussicht gestellt und solche Schreden mehr. Nun es angenommen ist, verhöhnt ein römisches Faschistenblatt die Kammer, indem es ihre „Fähmung“ in Ausdrücken beschreibt, die sich besser für die Beziehung des Zuhalters zu seiner Dirne schiden als für das Verhältnis des Ministerpräsidenten zum

Ruhiger Verlauf des Sonntags.

Schwacher Besuch der kommunistischen Versammlungen. — Keine Kundgebungen im Ruhr- und Rheinland. — Ein blutiger Samstag in Neu-Ruppin.

Berlin, 29. Juli. (Wolff.) Nach den amtlichen Stellen bisher vorliegenden Meldungen ist der heutige Vormittag sowohl in Berlin wie im Reich durchwegs ruhig verlaufen. In Hamburg, Bremen, Mecklenburg, Schwaben, in Braunschweig und Württemberg waren die kommunistischen Versammlungen schwach besucht. Auch aus Sachsen und Thüringen wird ein ruhiger Verlauf der Versammlungen gemeldet. In Leipzig löste sich ein Demonstrationstag von ungefähr 10.000 Personen nach kurzen Ansprachen ohne Zwischenfälle auf. Auch ein 5000 Personen zählender Demonstrationstag in Dresden ging ohne Ordnungstörung aus. In Thüringen fanden in allen größeren Orten Demonstrationen statt, die überall ruhig verliefen. — Nach den weiteren Meldungen ist auch der Nachmittag im ganzen Reich ruhig verlaufen. Im Ruhrgebiete und Rheinlande ist es zu keinerlei Kundgebungen gekommen. Kleinere Ansammlungen in Hamm und anderen Städten des Randgebietes wurden ohne Zwischenfälle von der Polizei aufgelöst. Auch in Bayern ist der Tag ruhig verlaufen.

Die Demonstrationen in Neu-Ruppin.

Berlin, 30. Juli. Wie die Blätter aus Neu-Ruppin melden, ist es dort am Samstag zu blutigen Zusammenstößen zwischen kommunistischen Demonstranten und der Schutzpolizei gekommen. Im Anschluß an eine Kundgebung gegen die Teuerung wurden fünf Lebensmittelgeschäfte von der Menge ausgeplündert. In den Abendstunden zogen 3000 bis 4000 Personen vor das Gefängnis, um dort die Freilassung der politischen Gefangenen zu verlangen. Da die Neu-Ruppiner Polizei der Menge gegenüber ohnmächtig war, wurde polizeiliche Verhaftung aus Potsdam erbeten. Gegen 11 Uhr nachts versuchte die Menge das Gefängnisgebäude zu stürmen. Die Schutzpolizei, die stark in Bedrängnis geriet, schloß nach einigen Warnungsschüssen auf die Anstürmenden. Dadurch wurden zwei Personen getötet und sieben schwer verletzt; auch ein Polizeibeamter ist schwer verletzt worden. Der Sonntag ist ohne Zwischenfall verlaufen.

Parlament. Die Regierung selbst erleidet offenbar nach errungenem Siege eine gewisse Ernüchterung, denn der eigentliche Kampf sangt nun erst an: wichtiger als das neue Wahlgesetz, das für eine Partei, die über bewaffnete Scharen verfügt, praktisch geringen Wert hat, ist die Umgestaltung der Verfassung, durch die die Regierung der Kammer das Recht nehmen will, innerhalb einer Legislaturperiode das Ministerium durch ein Mißtrauensvotum zum Rücktritt zu zwingen. Der italienische Ministerpräsident soll werden, was früher der deutsche Reichkanzler war, den die Kammer weder ernannte noch stürzen konnte; aus einem parlamentarischen Staat würde Italien zu einem nur konstitutionellen Staat werden.

Während sich diese „Reform“ ausbreitet, schwankt die faschistische Regierung hin und her zwischen der Taktik des Bangemachens und der der Verschönerung. Ein Muster der Verbindung beider entgegengesetzten Methoden war die Rede Mussolinis, in der er einerseits den Wunsch ausdrückte, der Faschismus möge seine „schöne kriegerische Seele und kriegerische Rüstung“ noch solange beibehalten, bis sich alle Gegner mit der heutigen Situation abgefunden haben werden, und andererseits erklärte, es würde ihm eine Freude sein, direkte Vertreter der Arbeiterorganisationen in seinem Kabinett zu haben. Aus diesem scheinbaren Schwanken zwischen zwei entgegengesetzten Taktiken spricht aber unserer Ansicht im Grunde das Bestreben, die beiden zu vereinen. Der Faschismus hat nicht die Absicht, seine in neuer Wesensart zu ändern, wohl aber sucht

Ruhe im besetzten Gebiet.

Düsseldorf, 30. Juli. (Sabas.) Infolge des von den Militärbehörden erlassenen Verbotes ereigneten sich im besetzten Gebiete keine kommunistischen Kundgebungen.

Nur 25.000 kommunistische Demonstranten.

Berlin, 30. Juli. Die Anzahl der Teilnehmer an den gestrigen kommunistischen Demonstrationen in Berlin schätzte die „Montagspost“ auf 25.000 Mann, so daß manche Säle nicht einmal gefüllt gewesen seien. Die „Motte Jahne“ dagegen spricht von einem Aufmarsch von Hunderttausenden, weshalb überall wegen Ueberfüllung Parallelversammlungen abgehalten werden mußten. Wo nach den Versammlungen besonders jugendliche Teilnehmer in geschlossenen Jüngen nach der inneren Stadt zu kommen versuchten, schritt die Polizei ein und nahm hiebei wegen Widerstandes und wegen verurteilter Gefangenenerziehung 108 Personen fest, die aber nach Feststellung ihrer Namen sofort wieder entlassen wurden. Die Lebensmitteltravalle in Neu-Ruppin, die zwei Todesopfer erforderten, bezeichnet die „Montagspost“ als Vorgänge von bloß lokalem Charakter. Politisch bedeutungsvoll sei, daß es in Berlin, Potsdam und anderen Gefährdungen nirgends zu Demonstrationen unter freiem Himmel und daher auch nicht zu Zusammenstößen mit der Polizei gekommen sei. Das Blatt nennt es einen politischen Gewinn, daß in diesen Tagen mancher eingesehen hat, daß es nicht ungefährlich sei, gegen den Staat Sturm zu laufen.

Das Verbot der Versammlungen traf auch die gestern vom Aktionsausschusse „Nie wieder Krieg“ geplanten Kundgebungen. Der Ausschuss verlegte diese daher in vier Säle. In einer der Versammlungen griff der sozialdemokratische Landtagsabgeordnete Rabold den Polizeipräsidenten Richter und den Minister des Innern Seevering scharf an und bezeichnete es als eine Schmach, den Franzosen Languevin am Sprechen verhindert zu haben.

er Anschluß an andere Parteien, die er zu Anfang glaubte enthalten zu können.

Dieses Bedürfnis nach einer erweiterten Basis erklärt sich einmal daraus, daß der Faschismus immer mehr aus einer extraparlamentarischen zu einer parlamentarischen Partei wird, die aber dem heutigen Zustand des Interregnums mit einer der Mehrheit nach nicht faschistischen Kammer fortführen will, weil ihr vor der zu zwei Dritteln faschistischen Kammer einigermaßen graut. Weiter erpricht das Angebot an die organisierte Arbeiterschaft, außer dem Wunsche, für einen antidemagogischen Arbeiterfreund zu gelten, dem Mißtrauen gegen die Merkmalen, die bei einem der drei während der Wahl Diskussion geforderten Mißtrauensvota gegen das Ministerium gestimmt und so seine Mehrheit auf 20 Stimmen herabgedrückt haben. Außerdem versteht Mussolini das „Teile und herrsche“ fast so gut, wie Lenin. Die Volkspartei (Merkmalen) hat er schon in eine faschistenfreundliche und in eine faschistenfeindliche Gruppe gespalten. Wenn ihm das gleiche bei der ohnehin nicht übertrieben einheitlichen Arbeiterbewegung gelänge, so würde er dies natürlich mit Freuden begrüßen.

Im ganzen sprach aus seiner Rede eine erdohren gesunde. Bei der Abstimmung über die Wahlreform haben die Vertreter der Konföderation der Arbeit, die der sozialistischen Einheitspartei angehören, freilich gegen das Ministerium gestimmt, haben aber erklärt, dies nur als Parteimitglieder, nicht als Gewerkschaftler zu tun. In Gewerkschaftskreisen erwidert man ganz im Ernst den Gedanken, als Unterstaatssekretär einen Gewerkschaftsvertreter in das neu zu gründende Mi-

nisterium für Volkswirtschaft zu entsenden. Mussolini ist zynisch genug, um einen solchen Plan auszuüben und auszuführen, bloß, um zu beweisen, daß seine Gegner verdienen, so gering angeschlagen zu werden, wie er es tut.

Im Ganzen sprach aus seiner Rede eine erstaunliche Nichtachtung ideeller Werte; hat er doch den Mut gehabt, der Kammer zu sagen, auf seinen Reisen hätte ihn niemand aufgefordert, mehr Freiheit zu gewähren: man hätte ihn um Steinhäuser in den Erdbengebieten gebeten, um Wasser in den wasserarmen, um Belämpfung der Malaria in den durchsuchten. Durch solche Worte ermutigt er das Inn- und Ausland zu dem demütigenden Schluß: Italien ist zu arm und armelig, um Freiheit zu brauchen oder auch nur das Bedürfnis nach ihr zu empfinden. Ein in diesem Geiste geleiteter Wiederaufbau droht ein recht trostloses Kapitel zu werden.

Trotzdem sieht man Zugeständnisse an die Opposition. Die „Boce Republikana“ hatte bekannt gegeben, daß der „Riunione Adriatica di Sicurtà“, der großen Lebensversicherungsgesellschaft, deren Existenz durch die Aufhebung des italienischen Staatsmonopols gefährdet wurde, als Aufsichtsräte der General De Bono (Generaldirektor der Polizei), der Senator Corradini (einer der Begründer des Nationalismus, heute Neo-Senator und Neo-Faschist) und der Rechtsanwalt Balbo (Generalissimus der faschistischen Miliz) angehören. Am 24. ds. konnte das republikanische Blatt melden, daß die drei Herren auf Aufforderung des Ministerpräsidenten aus ihren recht lukrativen Stellen ausgeschieden sind.

So pocht sich Mussolini allmählich an die Wirklichkeit an. Er wird über ein kurzes ein ebenso gerissener Parlamentarier sein, wie Giolitti, mit dem er die tiefe Menschenverachtung gemein hat. Schon das bei der Annahme in erster Lesung gemachte Versprechen, bei der Diskussion der Paragrafen Zugeständnisse zu machen, die er dann nicht machte, war nicht „faschistisch-folgerichtig“, sondern ein kleiner schlauer Kniff. Freilich fehlt es dann nicht an . . . Wagemut und Genialität. Als geniale Tat wird, namentlich von den Banken, die Abschaffung der Erbschaftsteuer in direkter Linie und unter Erbhatten gepriesen, geniale ist auch der Gedanke, die Pressefreiheit aufzuheben, indem man Ausführungsbestimmungen zu dem Edikt erläßt, das im Jahre 1848 die italienische Pressefreiheit sanktionierte. Die Abschaffung der Erbschaftsteuer, die einen Ausfall von ungefähr 200 Millionen im Jahre einschließt, fällt überhaupt in das wirtschaftliche Programm der heutigen Regierung, die sich als Sachwalter von „Ordnung und Recht“ fühlt. Das geplante Knobelgesetz der Presse wird nicht so heiß gegessen werden, wie es gelobt ist. Schon heute hat die Regierungspresse eine ungeheure Verminderung ihrer Auflage erfahren. Wenn das Interesse wogfiele, das ihr jetzt noch die Oppositionspresse verleiht, würde sich die Leserschaft der offiziellen Presse in beängstigender Weise verringern.

Wir sind skeptisch genug, um sehr ernstlich mit der Möglichkeit eines Friedensschlusses zwischen Faschismus und Konföderation der Arbeit zu rechnen. Die blutigen Schatten der niedergeknüppelten Arbeiter werden in unserer Zeit der „Realpolitik“ das Bündnis nicht stören. Wir glauben aber, daß eine Regierung, die von Siegen zu Siegen schreitet und doch nach immer neuen Mitteln der Abwehlung des Gegners sich umschaut, nach neuen Bündnissen, die ein Vasallenverhältnis verschleiern, wir glauben, daß eine solche Regierung sich im eigenen Hause nicht sicher fühlt. Entweder leidet sie an subjektiven Vorstellungen, die aus nervöser Ueberreiztheit entspringen, oder sie hat objektive Gründe, das Haus, das sie gebaut, nicht für sicher zu halten.

Genossen, lelet und verbreitet die Arbeiterpresse.

Der „Knödel“.

Von Martin Klett. (Einzige berechnigte Uebersetzung aus dem Ungarischen v. Stefan J. Klein.)
Er hieß allgemein nur „Knödel“. Und dies kann nicht wundernehmen, denn er erweckte beim Gehen den Eindruck, als tollte er.
„Das Kind ist wie ein Ball“ — sprachen die Leute zur Mutter.
„Natürlich, so ist es“ — antwortete stolz die Mutter, denn der Sohn glich ihr aufs Haar. Die Mutter war ein eben solcher tollender Knödel. Die Leute lächelten, wenn sie die Frauen sahen und machten ihre Bemerkungen.
„Sie ist genau so breit wie lang“ — sprachen die Galligener. Aber auch die Frau blieb keine Antwort schuldig. Was ihr die Natur an Körpergröße vorenthielt, gab sie ihr doppelt an Jungenfertigkeit. Sie antwortete auf die Bemerkungen doppelt und der Hof war gar oft von diesen Antworten laut. Viele der Nachbarn fürchteten sie, denn die Frau nahm sich kein Blatt vor den Mund und sprach auch davor nicht zurück, die sogenannten peinlichen Dinge zu lästern. Bei solchen Gelegenheiten kamen alte Geheimnisse, Klatschereien, Liebhasen und dergleichen mehr aufs Tapet. Daraus entstanden selbstverständlich heftige Zwistigkeiten, die zu schlichten nur schwer gelang. Auch der Sohn schluckte nichts. Das viele Lügen ließ ihn einem Hamster

ähnlich werden. Wenn ihn jemand beschimpfte, stürzte er sich auf ihn, verprügelte ihn, schlug, wohin er konnte, und wenn es irgendwie ging, hieb er ihm auf den Magen. Dies tat er besonders gerne, denn er konnte gut boxen. Unterlag ihm einer, so dachte er lange an diesen Zusammenstoß. In der Schule machte er ebenfalls allen viel zu schaffen, denn die Jungen hatten gar bald seine schwachen Seiten entdeckt, ärgerten, verhöhnten ihn, worauf er mit Fuhrtritten und Faustschlägen antwortete. Die Volksschule war in vier Institute abgeteilt. In der vierten Klasse operierte er so glücklich, daß er einem Klassenkameraden zwei Zähne einschlug. Auch dieser Zweikampf führte zu großen Komplikationen, denn die Mutter des verprügelten Knaben forderte zwei neue Zähne, doch entgegnete Knödel Mutter im Drastion der Ueberzeugung, daß der andere Knabe ihrem Sohne fast das eine Auge ausgeschlagen habe. „Wo hätte ich für ihn ein anderes Auge hergenommen?“ — fragte die kleine unterfertige Frau herausfordernd.
Aber auch dieser Streit wurde beigelegt. In der Bürgerschule brachte es der Knabe nur bis zur dritten Klasse. Im Frühling erklärte er einfach, die Schule nicht länger zu besuchen. Sein Vater wollte, daß er ebenfalls in die Maschinensabrik komme, doch hatte der Junge keine Lust dazu. Er wollte Installateur werden. Dieses Handwerk gefiel ihm deshalb, weil er immerfort ins Fach schlagende Pläne schmiedete und prachtvolle Erfindungen machen wollte. Er

findungen, über die die ganze Welt reden wird. Er stellte sich vor, wie herrlich es sein wird, wenn er eines Tages die Wunderlampe erfindet, von der er eigentlich auch selbst noch nichts Näheres wußte, es sei denn, daß er sie erfinden werde. Er dachte an einen großen Beleuchtungskörper, der von einer einzigen Stelle aus die ganze Stadt mit Licht versehen wird. Zu der großen Erfindung wollte er auch noch eine große Geldtante vollbringen. Er wußte auch in diesem Falle noch nicht, was diese Geldtante eigentlich sein, wußte bloß, daß er sie vollbringen werde. Er las fleißig die Zeitungen, um das Nötwendige zu erfahren. Daß ein Mann den Niagara auf einem gespannten Seil überquert habe, wußte er schon längst. Ein anderer hatte sich mit einem Fallschirm von einem Luftballon herabgelassen. Dies gefiel ihm. Die Höhe zog ihn besonders an. Oft schaute er den dahinziehenden Wolken nach und wenn zwischen den zerfahrenen Wolken das Blau des Himmels sichtbar wurde, konnte er kaum erwarten, eine seltsame Erscheinung zu erblicken. Doch ereignete sich nichts dergleichen. Tut nichts, — dachte er, ich werde trotzdem in der Höhe etwas Besonderes vollbringen. Dann wird niemand vom „Knödel“ reden. Die Zeitungen werden über ihn schreiben, auch sein Bild veröffentlichen und er, Peter Radányi, wird vor der Welt ein Held sein.
In der Werkstatt mochte man ihn gut leiden. Sein Meister war ein junger, schmerzhaft aufgelegter Mann. Er hatte sich binnen kurzer

Zeit ein hübsches Vermögen erworben und lehrte die Jungen nicht nur das Handwerk, sondern auch allerhand Kniffe. Er erklärte ihnen, daß man vom Installieren allein nicht leben könne und deshalb seine fünf Sinne beisammen haben müsse. Arbeitete man in einer schönen Wohnung, so sagt man, der Draht sei schlecht, man montiert ihn ab und verwendet denselben Draht in einer anderen Wohnung. Wollen die Hausleute nicht einwilligen, so erzählt man ihnen, daß dann unvermeidlich Kurzschluß entstehen werde oder man erschreckt sie, wie man gerade kann. Den Knödel liebte der Meister sehr, denn dieser war zu allem zu gebrauchen. Er brachte das meiste Material heim. Sah er irgendwo einen alten Luster, gab er keine Ruhe, ehe er ihn für seinen Meister billig erworben hatte. Er arbeitete rasch, erledigte sinst jeden Auftrag; oft rann der Schweiß nur so von ihm. Und all dies tat er nur deshalb, damit es nicht heiße: wie langsam dieser Knödel rollt. Häufig ging ihm in der großen Eile der Atem aus, doch kümmerte er sich nicht darum. Der Meister lobte ihn dafür. Sagte: wenn er so weiter macht, wird er ihn früher als Lehrling freisprechen. Zu Ostern schenkte er ihm eine neue Mütze und Hose. Peter Radányi verstand sich auch darauf, neue Aufträge zu verschaffen. Er war unter den Lehrlingen der einzige, der die Schilde des Meisters durchschaute. Wußte, daß dieser auch Dinge verdächtigen Ursprungs kaufe und sich über die Herkunft des Geldes keine Gedanken machte. Peter erlernte auch selbst dies und jenes. Er

Inland.

Mit einer Handbewegung . . . Wenn die beispiellose Demagogie und Frivolität der Kommunisten diesseits und jenseits der Grenze nicht von so unermesslichem Schaden für die Arbeiterklasse wären, könnten einem die Bodsprünge, die der Reichsberger „Vorwärts“ in den letzten Tagen gemacht hat, beinahe ein Lächeln abringen. Noch am Freitag schrieb er wie wild geworden nach Blut und nahm den Mund so voll, als wollten die reichsdeutschen Kommunisten — natürlich mit kräftiger Unterstützung durch die Reichsberger Freunde — die Reaktion in Deutschland an einem Tage in einem Meer von Blut ertränken. Aber nach dem Lieblingspruchwort des Herrn Reichsberg kam es wieder einmal erstens anders, zweitens als man denkt. Die an der Aufpeitschung der erbitterten Arbeiter schuldigen Berliner Kommunistenführer ging diesmal noch rechtzeitig das Grausen an, ein Rest Verantwortungsgedühl ließ sie selber die Lawine aufhalten, die sie bereits in Bewegung gesetzt hatten. Der „Vorwärts“ hat sich verrecknet und erklärt darum seinen verständnislos dreinschauenden Lesern in ohne weiters einleuchtender Weise, daß „der Niedrig der SPD. in der Frage des Antifaschistentages“ . . . gar kein Rückzug ist. Die SPD. hat eben „aus den früheren Niederlagen der deutschen Revolution gelernt, sich über Kleinliche Prestigerücklichter mit einer Handbewegung hinwegzusetzen . . .“ Es handelte sich ja wirklich nur um eine Kleinigkeit: ob am Sonntag kein Bürgerkrieg ausbrach oder ob in Berlin und anderswo tausende Arbeiter ihr Leben eingebüßt hätten — das ist doch eine Lappalie, nicht einmal eine Frage des „Prestiges“, das tut man in der „Roten Fahne“ und im „Vorwärts“ — „mit einer Handbewegung“ ab. Mit einer Handbewegung beschuldigt derselbe „Vorwärts“ den Berliner „Vorwärts“, daß diesem der Antifaschistentag nur eine „angenehme Gelegenheit zur Niedermegung Tausender Arbeiter“ gewesen sein würde, daß sich die Sozialdemokraten darüber ärgern, „daß der teuflische Plan der Rote Revolution nicht gelungen ist“. Um den weisen Schergen des Sozialdemokraten Seberius nicht Gelegenheit zu bieten, „im Arbeiterblut zu waten“, wurde aus dem Antifaschistentag eine — Probevergatterung, welche glückliche Bezeichnung für eine proletarische Aktion der „Vorwärts“ unermüßlich weiter gebraucht. Die gewissenlosen, schüsfigen Verdächtigungen der Sozialdemokraten, mit denen die Kommunisten jetzt arbeiten, um die Erbitterung der wiederum irreführten Arbeiter von sich abzulenken, werden wohl auch von allen anständigen kommunistischen Arbeitern entsprechend gewürdigt werden. Wir glauben die norddeutsche Arbeiterkraft denn doch zu gut kennen, als wir annehmen könnten, daß sie sich noch lange von dieser Probevergatterungspartei wird zum Narren halten lassen.

Das „Bravo Lidu“ urteilt am Sonntag in einem Artikel „Demokratische Sicherheiten in der kommunalen Politik“ über die deutschen sozialdemokratischen Vertreter in den Gemeinden:

„Wir sind uns auch aller Schwierigkeiten bewußt, unter denen in der ersten Zeit ihrer Tätigkeit in den Gemeinden die deutschen Sozialdemokraten sich durchsetzen mußten. Ihre Stellung wurde uns so schwieriger, je negativer sich die allgemeine deutsche Politik gegenüber der Regierung entwickelte. An eines aber muß erinnert werden. Die deutschen Sozialdemokraten haben in den vier Jahren ihrer Tätigkeit in den Gemeindeverwaltungen wenig für die Annäherung unserer (der tschechischsozialdemokratischen) mit den deutschen Funktionären getan. Es mag sein, daß zur Lösung des Problems des einträchtigen Zusammenarbeitens bei den kommunalen Fragen bei der laufenden Arbeit die Zeit fehlte. Von unserer Partei, die ihre Vertreter in der Regierung hatte, konnten sie naturgemäß keine Initiative erwarten; für uns bestand die Gefahr, daß wir abgewiesen werden und daß unsere Expedition zu den deutschen Sozialdemokraten mit einem Mißerfolge

übernahm Extraarbeiten. Brachte von dem Draht, von den Sicherungen etliches nach Hause und versuchte daheim allerhand auf eigene Faust.

Zu der großen Tat jedoch wollte sich ihm noch immer keine Gelegenheit bieten. Er dachte auch daran, einen Ertrinkenden aus der Donau zu retten, denn darüber würden die Zeitungen ebenfalls schreiben. Doch mußte er diesen Plan wieder aufgeben, denn er konnte nicht schwimmen.

Im dritten Jahr wurden ihm bereits schwerere Arbeiten anvertraut und er weiterte mit den Gesellen. Besam er ein Trinklößel, so ging er ins Kino, denn vielleicht kann er dort etwas erkennen.

Er litt unsäglich. Man bedenke: er war bereit, sein Leben aufs Spiel zu setzen und fand keine Gelegenheit dazu.

Eines Abends sagte ihm der Meister, daß sie am nächsten Tag in die Innenstadt gehen würden, um in ein neuerbautes Haus die elektrische Leitung einzuführen.

„Du“ — sprach er zu Knödel — „halt die Augen offen, dort kann man . . .“ — und er blinzelte. Knödel wußte, was dies zu bedeuten habe. Dort kann man nach Belieben Draht ab- und anmontieren. Auf das einstöckige Haus waren zwei weitere Stockwerke gebaut worden. Zur ebenen Erde befanden sich Läden, im ersten Stockwerk wohnte der Hausbesitzer, irgendein alter Bürger, mit seiner Frau, im zweiten und dritten Stockwerk waren neue Wohnungen eingerichtet worden.

ende. Es wäre dies nicht so, wenn der Schwächerere sich an den Stärkeren wenden würde.“

Es hat einzelne Gemeinden gegeben, wo die Vertreter des sozialdemokratischen Proletariats nicht darnach fragten, wer der „Schwächere“ oder „Stärkere“ sei und wo deutsche und tschechische Sozialdemokraten in allen kommunalen und Arbeiterfragen zusammenarbeiteten; im allgemeinen soll aber das — wir können es nicht anders nennen — Gestammel des „Bravo Lidu“ die Tatsache beschönigen, daß in der Mehrzahl der Fälle die tschechischen Gemeindevertreter dieselbe gegen das deutsche Proletariat gerichtete Politik machten, wie im Parlamente. Die vom „Bravo Lidu“ aufgestellte funktionslose Theorie, daß sich der „Schwächere“ an dem „Stärkeren“ zu wenden habe, könnten wir mit der Aufzählung jener Gemeinden beantworten, in denen die deutschen Sozialdemokraten vier Jahre lang das schlummernde proletarische und internationale Gewissen der tschechischen Sozialdemokraten zu erwecken suchten, ohne den geringsten Erfolg zu erzielen. Doch wir halten die Zeit des beginnenden Wahlkampfes für solche Auseinandersetzungen kaum für geeignet.

Die Einführung der Gaubverfassung. In der letzten Zeit wird — wie das „Cesko Slovo“ schreibt — von der Einführung der Gaubverfassung wieder etwas mehr gesprochen. Das hat dreierlei Gründe. Erstens wird in der Slowakei seit 1. Jänner die Gaubverfassung tatsächlich durchgeführt, die alten Gaue aufgelöst und die neuen eingerichtet. Zweitens bestreben sich gewisse Kreise, wie die Nationaldemokraten und Nationalen, welche bereits in der Revolutionsnationalversammlung einen Kampf um die Erhaltung der Landesautonomie geführt haben, die Einführung der Gaubverfassung hinauszuschieben, in der Meinung, daß dieses Hinauszuschieben in den historischen Ländern überhaupt die Verhinderung des Gesetzes über die Gaubverfassung bedeute. Drittens hat die Mehrheit der Koalitionsparteien in Prag Kundgebungen, mit aller Entschiedenheit gegen das Hinauszuschieben der Gaubverfassung in den historischen Ländern aufzutreten, denn dieses Hinauszuschieben würde den Dualismus der Verwaltung in der Tschechoslowakei begründen, insofern als die Gaubverfassung in der Slowakei besteht und in den historischen Ländern nicht, was auch den slowakischen Separatismus fördern würde. Was dem einen Teil des Staates recht ist, muß dem andern billig sein. Die Autonomie der historischen Länder würde für gewisse Kreise ein steter Ansporn sein, auch die Autonomie der Slowakei zu erreichen.

Ausland.

Demobilisierung der Türken. Havas meldet aus Konstantinopel: Es sollen die Demobilisierungsbefehle erlassen worden sein. Nach diesen bleiben nur drei Jahrgänge unter den Waffen.

Bulgariens neues Regime. Der bulgarische Ministerpräsident Jankow hielt während seines Aufenthaltes in Warna eine große politische Rede, in welcher er das Regierungsprogramm darlegte. Er protestierte zunächst gegen die von interessierten Kreisen verbreiteten Nachreden, denen zufolge die gegenwärtige Regierung die Macht an sich gerissen habe, um die Rebancheidee zu verwirklichen. Das neue Kabinett steht mit seiner Politik auf der loyalen Erfüllung des Friedensvertrages und niemand im Lande denkt an die Provozierung eines Krieges. Redner setzte sodann die Pläne der Regierung auseinander, welche auf eine Besserung der inneren Lage durch Agrar- und Industrieerträge und einen wirkungsvolleren Schutz der Arbeit abzielt. Zum Schluß richtete der Ministerpräsident einen Appell an alle gesunden Kräfte des Landes und forderte die Rechte und die Ruhe auf, die Regierung in dem Bestreben zu unterstützen, die Rückkehr zum gestürzten Regime zu verhindern.

Die rheinischen Separatisten rühren sich wieder. Einige Tausend rheinische Separatisten beschloffen in einer Versammlung in Koblenz eine Resolution, in welcher der preussische Militarismus und die Rebanchepolitik verurteilt wird.

Als sie vor dem Haus anlangten, sprach der Meister: „Nur schön langsam, mein Sohn, bei dem lang's“ — und er zeigte hinauf zur Wohnung des Hausherrn.

Die Arbeit begann. Als sie beim dritten Stockwerk anlangten, fühlte sich Knödel glücklich. Von hier aus sah er die Diner Berge und da suchte ihn wieder der Gedanke heim, daß er etwas Großes vollbringen müsse.

Die Arbeit näherte sich ihrem Ende, als er einmal während der Mittagspause allein blieb. Es war nur noch ganz wenig zu tun. Die Leitungsdrähte mußten zur Korridorseite des dritten Stockwerkes hinübergezogen werden. Er sah im Korridor und verzehrte sein von daheim mitgebrachtes kaltes Essen. Blosch, als wäre ihm jählings ein Gedanke gekommen, lebte er die Leiter an die Wand. Er wird aufs Dach steigen und die Arbeit fortsetzen.

Er lächelte. Wenn der Meister nach dem Mittagessen zurückkommt, wird alles fix und fertig sein. Herrlich.

Er wird über die höhnende Gesellschaft triumphieren.

Er war schon beinahe mit allem fertig, als er von unten den Ausruf vernahm:

„Schaut, der Knödel ist auf dem Dach!“ Er drehte sich um, wollte den Spötter sehen. Unter dem schweren Körper wankte die Leiter; im nächsten Augenblick aelte ein fürchterlicher Schrei durch die Luft. Dumpf schlug der schwere Körper zur Erde.

Sämtliche Redner betonten die Unverträglichkeit und Unhaltbarkeit des Rheinlandes und erhoben gegen die deutsche Reichsleitung die laute Anklage, die Reparationen systematisch zu sabotieren. Die Bevölkerung des Rheinlandes wünsche mit allen Völkern und Staaten der Welt, vor allem mit Frankreich und Belgien, in Frieden und Freundschaft zu leben und weise Annexionsgedanken, welcher Art immer, weit von sich. Zum Schluß wurde für die Bevölkerung Freiheit und Unabhängigkeit gefordert und die selbständige Rheinrepublik gepriesen.

Rußland und der Meerengenvertrag. Der Vertreter der Sowjetregierung in Italien Jor-danski wurde ermächtigt, den Meerengenvertrag, welcher ursprünglich in Konstantinopel hätte unterzeichnet werden sollen in Rom zu unterzeichnen.

Telegramme.

Die Konferenz von Sinaia.

Sinaia, 28. Juli. (Rador.) Die erste Konferenz der Kleinen Entente wurde um 5 Uhr nachmittags vom rumänischen Ministerpräsidenten Bratianu eröffnet, welcher die verbündeten Delegationen im Namen der rumänischen Regierung begrüßte. Minister Dr. Benes sprach hierauf über die Ergebnisse seiner Reise nach Paris und London und gab eine Darstellung der allgemeinen Situation in Europa unter Berücksichtigung der Interessen der Kleinen Entente. Die Atmosphäre der Diskussion war eine sehr herzliche. Es wurde eine vollständige Übereinstimmung aller drei Minister bezüglich der Reparationen und des Interesses zur Aufrechterhaltung der französisch-englischen Entente sowie des europäischen Friedens konstatiert. Die ungarischen, bulgarischen und polnischen Fragen werden den Gegenstand der Debatten anlässlich späterer Sitzungen bilden.

Die Konferenz hat nach ihrer ersten Zusammenkunft das nachstehende offizielle Kommuniqué veröffentlicht: In der Konferenz kam es zu einem eingehenden Meinungsaustausch über die allgemeine Situation und es wurde eine vollständige Übereinstimmung in allen Punkten konstatiert. Dadurch wurde die vollkommene Einheit der Kleinen Entente als Faktor der Solidarität und des Friedens neuerlich manifestiert. Die Diskussion wird morgen früh fortgesetzt. Es werden verschiedene Fragen überprüft, welche speziell mehr die Kleine Entente interessieren und zu welchen eine gemeinsame Stellungnahme notwendig ist.

Die Ankunft des polnischen bevollmächtigten Ministers Bilz nach Sinaia wurde noch vor Beendigung der Konferenz gemeldet. Minister Bilz wird mit den Außenministern der Kleinen Entente zwecks Diskussion über aktuelle politische Fragen, die auch Polen interessieren können, in Verbindung treten.

Die Hauptarbeiten beendet.

Sinaia, 29. Juli. Heute vormittags wurden die Verhandlungen der Außenminister der Kleinen Ententestaaten fortgesetzt. Auf dem Programm standen vor allem ungarische Fragen und insbesondere die Frage der ungarischen Anleihe, welche nicht nur vom politischen, sondern auch vom finanzwirtschaftlichen Standpunkte und mit Berücksichtigung der Gesamtpolitik der Ungarn in Zentraleuropa durchberaten wurde. Anlässlich der gestrigen Beratungen wurde den gegenwärtigen Zuständen in Deutschland ein besonderes Augenmerk geschenkt. Aus der allgemeinen Stimmung ist ersichtlich, daß der Verlauf der Beratungen bei aller Sachlichkeit ein sehr glatter war und es herrschte allgemein der Eindruck, daß in allen Fragen des Programms eine vollständige Einigung erzielt und eine lokale Zusammenarbeit zur Durchführung derselben gesichert werden wird. Die Hauptarbeiten der Konferenz werden höchstwahrscheinlich heute abends im großen und ganzen beendet sein. Ueber den Besuch des polnischen bevollmächtigten Ministers Bilz wird erklärt, daß seine Ankunft mit der Durchberatung einiger Fragen noch vor der Völkerbundstagung zusammenhänge, welche die Interessen Polens betreffen.

Die belgisch-französische Antwort.

Paris, 29. Juli. (Havas.) Der Text der belgischen Antwort auf die letzte britische Note über die Reparationsfrage wurde heute dem französischen Außenministerium zugestellt. Die französische und belgische Antwort wird am 30. d. dem Londoner Foreign Office zugesendet werden. — Blättermeldungen zufolge wird die belgische Antwort den gleichen Plan verfolgen wie die französische und wird Zusicherungen der belgischen Treue zu den Grundgesetzen der französisch-belgischen Politik im Ruhrgebiete enthalten. Die Antwort wird auf die Vorschläge technischer Art, die der französischen Regierung vor einigen Wochen vorgelegt worden sind, und welche die Zahlungen, und Garantiemodalitäten, die von Deutschland gefordert werden, betreffen, zurückkommen.

„Die englisch-französischen Gegenstände gehen nicht tief!“

London, 29. Juli. (A. R.) Unterstaatssekretär des Auswärtigen Amtes Mac Keil führte in einer Rede in der Chamber of Commons auf ganz richtig, daß es zwischen uns und unseren französischen Verbündeten einige Meinungsverschiedenheiten gibt; das ist unvermeidlich, aber

das sind Gegenstände bei aller Freundschaft, die überdies nicht die Sache, sondern nur die Methode betreffen. Diese Gegenstände sind viel weniger tiefgehend, als man auf Grund der Lektüre einiger Zeitungen diesseits und jenseits des Kanals glauben würde.

Mac Reill fuhr fort: Wir werden nicht zulassen, daß zwischen uns und unseren Verbündeten eine Entfremdung plattgreife. Vergessen wir nicht das unlängst ausgesprochene Wahrwort unseres Staatssekretärs Curzon, daß in unserer wild bewegten Zeit nur ein sicheres Element vorhanden ist, nämlich das Bündnis zwischen England und Frankreich, und daß ohne dieses Bündnis keine Hoffnung auf die Erhaltung des Weltfriedens vorhanden wäre.

Paris, 30. Juli. Nach dem „Petit Parisien“ ist die französische Antwort gestern abends dem französischen Botschafter in London zugegangen.

Bayerische reaktionäre Banden türmen ein Gewerkschaftshaus!

Ein Arbeiter getötet.

München, 30. Juli. Aus Anlaß des Antifaschistentages der Kommunistenpartei ist es in München selbst zu keinen Ausschreitungen gekommen. Dagegen ist in Rosenheim das Gewerkschaftshaus von den Rechtsradikalen gestürmt worden, wobei ein Arbeiter getötet und mehrere schwer verletzt wurden.

Am Sonntag fand in München im Anschluß an das Turnfest ein deutscher Feuerwehrtag statt. Zu diesem erschienen aus allen deutschen Staaten Teilnehmer in allen kaiserlichen Uniformen. Der bayerische Ministerpräsident Dr. Knilling fungierte als Ehrenpräsident.

Eine Delegiertenversammlung des Andreas Hofer-Bundes, der die Interessen der deutschen Minderheiten im Ausland in rechtsradikalem Sinne vertritt, hat die Bildung einer Arbeitsgemeinschaft in ganz Bayern beschlossen und von der Regierung verlangt, daß für ausländische Staatsangehörige keine Schule zur Verfügung gestellt werde.

Massenverhaftungen Rechtsradikaler in Dresden.

Dresden, 30. Juli. Die Dresdner Polizei hat gestern anlässlich der 50. Jahresfeier des sächsischen Militärvereinsbundes Massenverhaftungen vorgenommen. Der Verein hatte sich wegen angeblicher kommunistischer Gefahr durch den sogenannten bürgerlichen Ordnungsdienst schützen lassen. Die Polizei nahm 82 Angehörige dieses Ordnungsdienstes fest, darunter auch den Führer Major a. D. Köppler. Bei den Verhafteten wurden Schusswaffen, Seitengewehre, Revolver, scharfgeschliffene Dolche u. a. vorgefunden. Der größte Teil der Festgenommenen wurde nach dem Verhör wieder freigelassen. Die Verhafteten werden wegen Bildung bewaffneter Haufen strafgerichtlich verfolgt.

Schreibert enthaftet.

Paris, 30. Juli. Nach einer Havasmeldung aus Düsseldorf wurde Direktor Schreibert vom Bochumer Verein vorläufig in Freiheit gesetzt. Schreibert ist schweizerischer Staatsangehöriger.

Kabinettsrekonstruktion in Jugoslawien

Belgrad, 30. Juli. Ministerpräsident Pasic unterbreitete dem Könige den Antrag auf folgende Rekonstruktion des Kabinetts: Justizminister Perio, Minister für Volkswirtschaft Miletic, Handelsminister Kojic, Ackerbauminister Simonovic, Kultusminister Janic und Poles. Der bisherige Justizminister Markovic scheidet definitiv aus dem Kabinette aus. Diese Rekonstruktion des Kabinetts wird nach der Zustimmung des Königs durchgeführt werden.

Kommunistenverhaftungen in Warschau

Warschau, 30. Juli. (Tsch. P. B.) Großes Aufsehen erregte hier die Aufdeckung einer weitverzweigten kommunistischen Organisation, welche nach den Ergebnissen der bisherigen polizeilichen Untersuchung vermutlich den Generalsekretär der kommunistischen Wählerpartei in Polen bildete. Bereits gestern nahm die Warschauer Polizei mehrere Verhaftungen vor, die heute andauerten. Bis jetzt sind 20 Kommunisten ins Untersuchungsgefängnis gebracht worden, darunter einige kommunistische Führer. Einer der Verhafteten, namens Stefanowicz, erklärte, daß er ein Abgesandter der Moskauer kommunistischen Zentrale sei, die ihn beauftragt hätte, die kommunistische Bewegung in Polen neu zu organisieren. Im Zusammenhang mit dieser Affäre ist heute nachmittag der Sekretär des Handelsangestelltenverbandes in Warschau, Altmann, verhaftet worden.

Eine Meinungsverschiedenheit im britischen Kabinett.

Wem unterstehen die Marineflustreitkräfte?

London, 28. Juli. (Tsch. P. B.) Die Blätter erörtern ausführlich eine innerhalb des Kabinetts entstandene Meinungsverschiedenheit. Es handelte sich um die Frage, ob die Marineflustreitkräfte dem Luftschiffahrtsamt unterstellt werden sollen oder nicht. Im ersten Falle sollen die Lords der Admiralität ihren Rücktritt in Aussicht gestellt haben. Man erwartet, daß der Premierminister zu Anfang nächster Woche dem Unterhause eine Mitteilung über die Angelegenheit machen wird.

